

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Wiebke Diehl
29.09.2020

Tiefer in die Katastrophe

Libanon: Designierter Premier gibt Regierungsbildung auf. Streit über Besetzung des Finanzministerpostens und geopolitische Ausrichtung



Mohamed Azakir / Reuters

Der designierte libanesische Ministerpräsident Mustapha Adib gibt auf (Baabda, 26.9.2020)
Während einer am Sonntag abend abgehaltenen Pressekonferenz hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron den politischen »Eliten« des Libanon »kollektiven Verrat« vorgeworfen. Sie hätten ihre eigenen Interessen über die des Landes gestellt, so Macron in Reaktion auf die am Sonnabend gescheiterte Bildung einer neuen Regierung unter dem früheren libanesischen Botschafter in Berlin, Mustapha Adib.

Wie er das Interesse des Libanon definiert, machte Macron ebenfalls deutlich: Zwar musste er zugeben, dass während des gescheiterten Regierungsbildungsprozesses alle etablierten Parteien konfessionelle Erwägungen in den Vordergrund gestellt hatten. Dann aber beschuldigte er namentlich ausschließlich die Hisbollah, »bewiesen« zu haben, dass sie nicht alle Libanesen gleichermaßen respektiere. Sie solle »nicht denken, sie sei mächtiger, als sie ist«.

Anlass der gegen die Hisbollah gerichteten Drohung war, dass die ebenfalls schiitisch geprägte Amal-Partei darauf beharrte, einen Personalvorschlag für den Posten des Finanzministers zu unterbreiten. Amal, Hisbollah und die »Freie Patriotische Bewegung« von Staatspräsident Michel Aoun verfügen gemeinsam mit kleineren Parteien über die parlamentarische Mehrheit. Adib hingegen wollte den insbesondere in der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, in der sich der Zedernstaat befindet, bedeutenden Posten des

Finanzministers zunächst zwischen den Konfessionen rotieren lassen und zuletzt mit einer unabhängigen Person besetzen. Auch um die Anzahl der Ministerposten hatte es Konflikte zwischen Präsident Aoun und Adib gegeben.

Es ist alles andere als neu, dass die Regierungsbildung im Libanon, die normalerweise Monate in Anspruch nimmt, vom Geschacher um Posten geprägt ist. Auch dass das Finanzministerium entscheidend für das Scheitern Adibs war, kann nicht überraschen. Denn nicht nur Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah plädiert dafür, nicht allein auf den IWF und die westlichen Industrienationen zu setzen, sondern auch chinesische, russische, irakische und iranische Hilfsangebote anzunehmen. Auch der geschäftsführende Ministerpräsident Hassan Diab hatte solche Möglichkeiten ausgelotet, bevor er am 10. August unter starkem Druck der Protestierenden, aber auch von Teilen der »internationalen Gemeinschaft« zurücktreten musste.

Es geht bei der Besetzung des Finanzministerpostens um nichts anderes als eine Richtungsentscheidung, die das Land auf Jahrzehnte prägen könnte. Um den chinesischen Einfluss genau wie auch den der Hisbollah zurückzudrängen, hatte die US-Regierung zuletzt ihre Kampagne des »maximalen Drucks« verschärft. Vergangene Woche gab zudem US-Staatssekretär David Hale vor dem Kongress zu, dass die US-Regierungen seit 2005 zehn Milliarden US-Dollar in die libanesische Armee und »zivilgesellschaftliche« Organisationen investiert hatten, mit dem Ziel, die Hisbollah zu schwächen.

Für die libanesische Bevölkerung, die inzwischen zu 60 Prozent auf humanitäre Hilfe angewiesen ist und die mit grassierender Arbeitslosigkeit, in die Höhe schnellenden Covid-19-Fallzahlen und fehlender Infrastruktur zu kämpfen hat, ist das erneute Scheitern eines designierten Regierungschefs fatal. Das dritte Machtvakuum in weniger als einem Jahr wird sowohl den Wiederaufbau der zu relevanten Teilen durch die Explosionen im Hafen Beiruts zerstörten Hauptstadt erheblich verzögern als auch verhindern, dass dringend benötigte finanzielle Hilfen geleistet werden. Denn auch wenn Macron am Sonntag nicht wie von ihm im September angedroht Sanktionen verhängte, bleibt doch die Forderung nach einer Umsetzung der neoliberalen Vorgaben des IWF und weiterer »tiefgreifender Reformen« als Vorbedingung für internationale Hilfe in Milliardenhöhe.

Hier scheint es kein »Erbarmen« zu geben, ungeachtet der Tatsache, dass die Hilfsorganisation »International Rescue Committee« am Montag prognostizierte, dass mindestens einem Viertel der Kinder in Beirut Versäumnisse bei ihrer Schulbildung drohten, wobei die Folgen der Coronapandemie noch nicht in die Schätzung eingerechnet seien. 163 Schulen mit 85.000 betroffenen Schülern seien durch die Detonationen vom 4. August beschädigt worden.

Aus: [Ausgabe vom 29.09.2020](#), Seite 7 / Ausland

Libanon